

Liebe Menschen,

Die CDU/FDP/BfM-Fraktion fordert Marburg sicherer zu machen, spricht im Ausschuss davon es dürfe keine „no-go-Areas“ in der Stadt geben und zeichnet Marburg damit als gefährliches Pflaster, wo man sich kaum noch auf die Straße trauen kann. Tatsächlich ist jedoch in der Breite kein dramatischer Anstieg der Kriminalität im Vergleich zum vor-Corona-Niveau zu verzeichnen. Lediglich bei bestimmten Personengruppen kann ein bedenklicher Anstieg von Vorfällen beobachtet werden. Auffällig ist vor allem, dass sehr junge Kinder und Jugendliche zunehmen in besonders brutale Gewalttaten verwickelt sind. Die Corona-Pandemie war für uns alle eine psychische Belastung, ganz besonders für Kinder und Jugendliche. Es kann nicht die Lösung sein, Kindern und Jugendlichen, die nun auf die schiefe Bahn geraten sind mit Polizei und Strafverfolgung beizukommen. Diese jungen Menschen brauchen Unterstützung, um wieder auf den richtigen Weg zu finden, bzw. müssen am besten schon aufgefangen werden bevor es zu schrecklichen Entgleisungen kommt. An dieser Stelle möchte ich allen freien Trägern danken, die Jugendarbeit leisten und auch dem Jugendamt, dessen Arbeit nun durch zusätzliche Stellen nochmal gestärkt wird.

Ja, auch im Änderungsantrag der Koalition wird eine verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften gefordert. Wenn Bürger*innen Angst haben, können wir nicht untätig bleiben. Sei es, dass die Angst durch eigene Beobachtungen hervorgerufen wurde, durch die zahlreichen Artikel der Oberhessischen Presse zu dem Thema oder durch die anhaltende Thematisierung durch die CDU. Natürlich wollen wir nicht, dass die Bürger*innen einer Gefahr ausgesetzt sind, auch nicht einer gefühlten. Zudem ist die Aufstockung von Stellen bei der Stadtpolizei schon alleine wegen der zahlreichen Querdenken-Demonstrationen notwendig. Glücklicherweise leben wir in einem Land, in dem wir Versammlungsfreiheit genießen und selbstverständlich darf bei diesem Recht nicht diskriminiert werden. So kann jede und jeder eine Versammlung anmelden und diese müssen dann eben auch von Sicherheitskräften begleitet werden.

Gleichzeitig möchte ich auch ganz klar sagen, dass die Forderung nach mehr kontinuierlicher Polizeipräsenz in der Stadt keinesfalls den Wünschen aller Marburger Bürger*innen entspricht und sich auch nicht alle Menschen in Gegenwart der Polizei sicherer fühlen. Und nein, dabei spreche ich nicht von Menschen, die Böses im Schilde führen. Ich spreche zum Beispiel von Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen und eventuell schonmal Diskriminierung durch Sicherheitskräfte erfahren haben. Solche negativen Erfahrungen müssen auch nicht mit der Marburger Stadtpolizei gemacht worden sein, damit auch deren Präsenz Ängste hervorrufen kann. Auch manche anderen unbescholtenen Bürger*innen möchten sich einfach nicht die ganze Zeit durch Polizei und gegebenenfalls Überwachungskameras beobachtet fühlen.

Auch wenn das Wählerklientel der CDU vielleicht eher zur Polizei-Affinität neigt, könnte man sich mal überlegen, ob es wirklich ein angebrachtes Mittel in der Politik ist, durch Überdramatisierung Ängste zu schüren.